



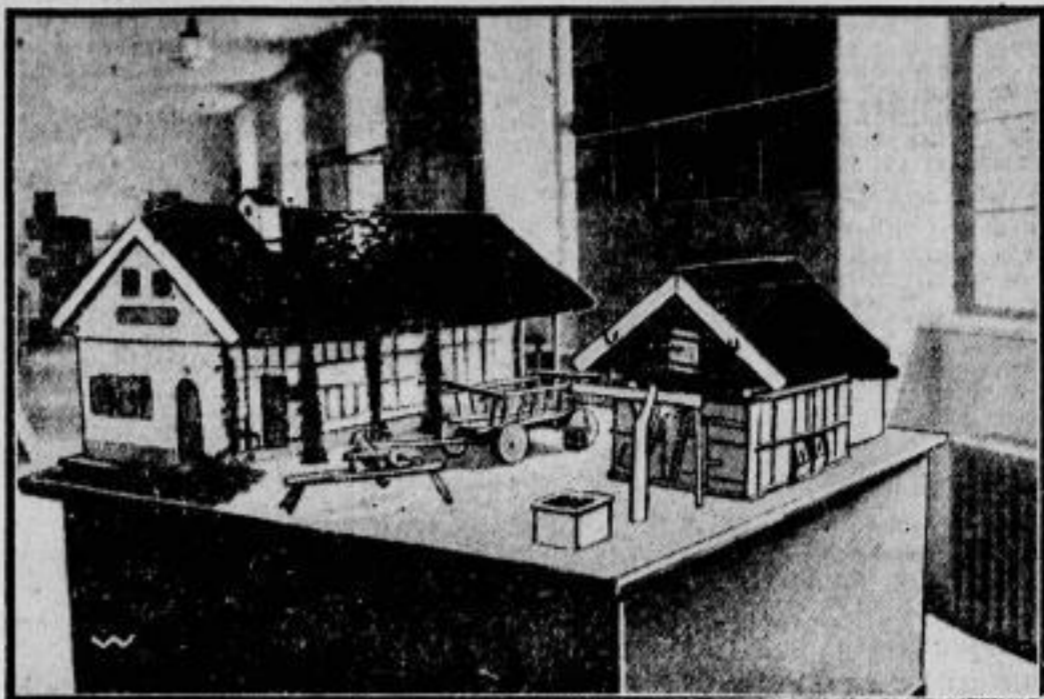








Der Reichspräsident in Hannover. Der hannoversche Rennverein veranstaltete zu Ehren des angeblühlich in Hannover anwesenden Reichspräsidenten ein Hindenburg-Rennen. Nach dem Rennen nahm der Reichspräsident die Preisverteilung vor, er wurde bei seiner Ankunft und Abfahrt von einem zahlreichen Publikum begleitet umhüllt. Unser Bild zeigt die Begrüßung des Reichspräsidenten auf der Rennbahn durch den Oberbürgermeister von Hannover, Dr. Menge.



Aus der Ausstellung im „Haus des Deutschtums“ Modell des ersten Aufbaubauses in Neudessau (rumänisches Banat) aus dem Jahre 1726.

Kredithilfe für den gewerblichen Mittelstand.

id. Dresden. Der Landesauschuss des sächsischen Handwerks schreibt: Außer dem gewerblichen Mittelstandesrecht des Reiches hat sich nunmehr auch die sächsische Regierung bereit erklärt, aus eigenen Mitteln dem schwer unter der Kapitalarmut leidenden Handwerk, Handel und Gewerbe Kredite zur Verfügung zu stellen. Es handelt sich dabei um langfristige Kredite, für die ein außerordentlich starkes Bedürfnis vorhanden ist. Die Sächsische Zentralgenossenschaftsvereinskasse hatte bereits vor längerer Zeit ein diesbezügliches Gesuch an die sächsische Regierung gerichtet, das dann in der diesjährigen ordentlichen Mitgliederversammlung vom Landesauschuss des sächsischen Handwerks, an welcher der Vertreter des Finanzministeriums und des Wirtschaftsministeriums teilnahm, näher besprochen und nachdrücklich unterstützt wurde. In einer Besprechung am sächsischen Wirtschaftsministerium wurden nähere Angaben über den Umfang und die Verteilung des Staatskredits gemacht. Es ist allerdings dazu noch die Zustimmung des Landtags notwendig, an der wohl kaum zu zweifeln ist. Dem gewerblichen Mittelstand werden im ganzen voranschaulich 3 Millionen Mark zur Verfügung gestellt. Handelsbetriebe, welche der sächsischen Einzelhandelsvereinskasse angehören, erhalten davon 500.000 Mk., welcher Betrag aber durch Erhöhung des Gesamtkredits höchstens noch auf 1 Million erhöht wird. Die Verteilung dieses Kredites erfolgt in der Weise, dass die sächsischen Einzelhandelsbetriebe und Weinhandel erhalten 2 1/2 Millionen Mark. Die Höchstgrenze für die Kredite beträgt 5000 Mark. Sie müssen den Kreditnehmern für 11 Prozent weitergegeben werden. Berücksichtigt man die 2 1/2 Millionen Mark ist die sächsische Zentralgenossenschaftsvereinskasse, die ihrerseits die Mittel weitergibt an die Landesgewerkschaft und die ihr angeschlossenen Kreditgenossenschaften und den Kreditfond für das sächsische Handwerk und Gewerbe mit seinen Kreditgenossenschaften. Die Kredite müssen hypothekarisch oder durch Bürgschaft abgesichert werden. Kredite bis zu 1000 Mark sind für ein Jahr fest, müssen aber dann zurückgezahlt werden. Kredite über 1000 Mark sind in drei Jahresraten und, wenn sie hypothekarisch gesichert sind, in vier Jahresraten zurückzahlen. Die Gesuche sind zu richten an die örtliche Kreditgenossenschaft (Gewerkschaft) oder an den Kreditfond für das sächsische Handwerk und Gewerbe. Dresden. Das sächsische Handwerk hat damit einen schönen Erfolg seiner Organisation zu verbuchen. Wenn auch die Mittel vor dem großen Kreditbedürfnis nicht ausreichen, so wird immerhin manchem bedrängten Handwerker geholfen werden können.

Deutschland und das Washingtoner Arbeitszeitabkommen.

Genf. In der Vollziehung des Internationalen Arbeitsamtes hielt gestern vormittag der deutsche Delegierte, Ministerialdirektor Dr. Jaag, eine Ansprache, in der er sagte: Der Bericht des Direktors enthält eine wertvolle Uebersicht über den Stand der Ratifikationen der Washingtoner Konvention in den verschiedenen Ländern. Als ein glückliches Festhalten zu können, daß der Bericht, soweit er Deutschland angeht, durch die Tatsache bereits überholt ist. Nur höhere Umstände, insbesondere zweimalige Neuwahlen des Reichstages im vorigen Jahre, haben verhindert, daß die Ratifikation durch Deutschland rascher in Ordnung kam. Wir hoffen aber, bald über weitere Fortschritte berichten zu können. Die in Deutschland zur Zeit geltende Arbeitszeitverordnung vom Dezember 1923 entspricht nicht in allen Punkten dem Uebereinkommen von Washington, obwohl auch sie auf dem Grundgedanken des Achtstundentages beruht. Diese Arbeitszeit ist aber von vornherein nur als eine Notverordnung geschaffen worden. Von den Möglichkeiten, die die Verordnung von 1923 zur Verlängerung der Arbeitszeit bietet, ist im ganzen nur mäßig Gebrauch gemacht worden. Nach den gewerkschaftlichen Erhebungen arbeitet nicht über 50 Prozent der deutschen Arbeiter mehr als 48 Stunden in der Woche. Inwieweit beschäftigt sich das Arbeitsministerium mit den Vorbereitungen für eine endgültige Arbeitszeitgesetzgebung. Wir legen Wert darauf, alles in unserer Obhut festhalten, wodurch uns eine Ratifikation des Washingtoner Abkommens möglichst ist. Die Zusammenkunft der Arbeitsminister in Bern hat den Gedanken einer gleichzeitigen Ratifikation durch die großen Industriemächte erleichtert gefördert. Die deutsche Regierung ist das Ziel erfüllt im Auge, denn Deutschland ist bereit, alles zu tun, was der Verbesserung des Loos der Arbeiterschaft der Welt dienen kann.

Die Landwirtschaft zur Aufwertungsfrage.

Entsicherungen der Vereinigung der nord- und mitteldeutschen Landwirtschaftskammern. id. Dresden. Gelegentlich der zweiten Tagung der Vereinigung der nord- und mitteldeutschen Landwirtschaftskammern gibt sie ihrer Auffassung zur Aufwertungsfrage durch den Ausdruck, daß schleunigst endgültige Regelung die Vorbedingung für die Wiederherstellung der landwirtschaftlichen Kreditverhältnisse bildet. Sie tritt hinsichtlich der Höhe der Aufwertung dem Gutachten des Reichswirtschaftsrates bei und befürchtet von den weitergehenden Beschlüssen im Reichstage die künstliche Schaffung von Werten, deren Realisierung sich bei der Fälligkeit nicht ermöglichen lassen wird. In der Aufwertung an Hypotheken, die infolge der Kündigung des Gläubigers gelöscht sind, erblickt sie eine wirtschaftlich nicht gerechtfertigte Maßnahme. Sie legt gegen den Gedanken einer darüber noch hinausgehenden Besteuerung der Vermögenserhaltung entschiedene Verwahrung ein. Selbst wo sich der Kapitalwert der Belastung gegenüber der Vorkriegszeit vermindert hat, sind heute schon die Zinsenlast und die Kosten der Sozialversicherung weit über den Vorkriegsstand gestiegen. Soll der Grund und Boden für laufende Steuererhebungen, die freis nur aus dem Ertrage gedeckt werden können, eine Gewähr bieten, so muß von jeder weiteren Kapitalbelastung für Steuerzwecke Abstand genommen werden. Für die gesamte Wirtschaft ist die schleunigste Verabschiedung der dem Reichstage vorliegenden Steuerergänze erforderlich, damit endlich eine den tatsächlichen Verhältnissen entsprechende Veranlagung des Einkommens und Vermögens erfolgen kann. 2. Die in Dresden versammelten Vertreter der nord- und mitteldeutschen Landwirtschaftskammern bedauern feststellen zu müssen, daß es der Regierung mangels eines geeigneten Rüstzeuges nicht gelungen ist, die Interessen der deutschen Wirtschaft in den Handelsverträgen so zu wahren, wie es für den raschen Wiederaufbau erforderlich ist. Wichtige landwirtschaftliche Betriebszweige sind einer übermächtigen Auslandskonkurrenz völlig preisgegeben, andere nicht in dem Maße gesichert worden, wie es die Voraussetzung für die Ernährung des deutschen Volkes aus eigenen Quellen bilden muß. Handelsabkommen, die diesem Gesichtspunkte Rechnung tragen, können nur geschlossen werden, wenn eine einheitliche Verhandlungsmacht in Form eines lückenlosen Zolltarifs vorhanden ist, die es alsbald zu schaffen. Die nord- und mitteldeutschen Landwirtschaftskammern erwarten von der Reichsregierung, daß in der „kleinen Zollvorlage“ endlich ein angemessener Ausgleich zwischen den Zolltarifen für landwirtschaftliche und gewerbliche Produktion geschaffen wird.

Ueber die Lage in Marokko

wird folgendes offizielle Communiqué verbreitet: Im westlichen Frontabschnitt sei die Lage im allgemeinen ruhig. Es werde gemeldet, daß Abd-el-Krim den Befehl gegeben habe, aus den Fidejussoren eine neue Truppe von 3 bis 4000 Mann aufzustellen. Die Beni Dorkoul und die Beni Anriague blieben in der Defensive, verhielten jedoch ihre gegenwärtigen Stellungen. Abd-el-Krim solle ihnen Instruktionen gegeben haben, mit allen Mitteln den französischen Truppen Widerstand zu leisten, jedoch ihre Hauptbemühungen darauf zu richten, die anderen Stämme zu sich herüberzuführen. Am 23. Mai sei die Abteilung von Libane heftig beschossen worden. Im Ostabschnitt scheine sich die Lage bedrohlich zu gestalten. Das Oberkommando über die im nördlichen Frontabschnitt operierenden französischen Truppen sei zusammengefaßt und General Dargau übertragen worden. Havas meldet aus Rabat: Der Druck, den der Feind im Abschnitt Riflane ausübt, dauert an und bewirkt den Willen Abd-el-Krims, die Verbindungsweg mit Algerien zu bedrohen. In der Gegend von Aulen Ali und Bet Mann werden feindliche Ansammlungen gemeldet. Die französischen Truppen beizogen gegenwärtig die Ausgänge der Hauptverbindungsstraße mit Fez. Außerdem treffen sie Maßnahmen, die durch die neue Entwicklung an der Ostfront notwendig geworden sind. Paris. (Zuspruch mittags 1 Uhr.) Havas meldet aus Tanger über die Lage in Marokko: Abd el Arim hat allen Stämmen in der spanischen Zone den Befehl gegeben, Truppen in Stärke von 3-4000 Mann aufzustellen, deren überwiegender Teil in die spanische Zone bei Mezza einzudringen, während der Rest westlich selbst gegen die Spanier kämpfen soll. Eine bedeutende Abteilung ist bei Beni Mamane vor Tetuan zusammengezogen, eine weitere vor Konfat und eine dritte in der Nähe von Ad Sebir. In Tanger eingetroffene Mitteilungen erklären, daß im Rifgebiet eine Hungersnot herrsche. Der Doppelzentner Gerste kostet dort 100 spanische Peseten. In der Mezzafont herrscht Ruhe, jedoch wird unter den Stämmen eine gewisse Agitation angedeutet.



Das „Haus des Deutschtums“ in Stuttgart. Der Haupteingang.

„Haus des Deutschtums“ heißt das neue Heim des Deutschen Auslandsinstitutes in Stuttgart, in dem eine Auswanderer-Beratungstelle, eine umfangreiche Bibliothek, sowie andere Sammlungen das Auslandsdeutschtum betreffend, vereinigt sind. Das Auslandsinstitut will die Beziehungen zwischen dem Deutschtum im Ausland und dem Vaterland erhalten und enger knüpfen und hierfür, wie für die Kenntnis der Bedeutung des Auslandsdeutschtums, eine zusammenfassende Stätte bilden. Die Schwaben haben von altersher das Hauptkontingent der deutschen Auswanderer gestellt und so hat es auch keine innere Verdrängung, daß dieses Auslandsinstitut in erster Linie die Schöpfung des Kommerzienrates Dr. Wanner, in Württemberg seine Stätte gefunden hat.

Ueberreichung der Antwort Briands.

London. (Zuspruch.) Der diplomatische Berichtschreiber des Daily Telegraph schreibt, der französische Vorkämpfer hat gestern in Foreign Office die Antwort Briands auf die Fragen der britischen Regierung wegen des Entwurfs der französischen Note auf den deutschen Vorkriegsstand vorgelegt und erläutert. Einige der französischen Argumente, besonders die bezüglich der deutschen Ost- und Südgrenze und die Möglichkeit schiedsrichterlicher Entscheidung darüber sind von sehr technischem Charakter und die ganze Angelegenheit wird in der morgigen Kabinettsitzung erwoogen werden. Die Kölner und die Abwertungsfrage würden dagegen nicht behandelt werden, da keine Einigung wegen der alliierten Mantelnote an Berlin erzielt ist.

Die englisch-französischen Meinungsverschiedenheiten.

London. (Zuspruch.) Westminster Gazette spricht von einer neuen Krise in den englisch-französischen Beziehungen. Der diplomatische Berichtschreiber des Blattes schreibt, aus der letzten eingetroffenen Antwort Briands gehe hervor, daß die Franzosen es ablehnten, daß Deutschland als Mitglied des Völkerbundes das Recht haben sollte, entsprechend den Bestimmungen der Satzung wegen einer Revision der Grenzen zu appellieren. Ferner bestehe Frankreich darauf, daß Deutschland dem Völkerbundsrat als Verpflichtung anerkennen müsse, Truppen im Kriegsfalle freien Durchzug durch deutsches Gebiet zu gewähren. Die britische Auffassung sei, daß das Problem der polnischen Grenze und anderer Fragen leichter beigelegt werden könnte, wenn Frankreich das deutsche Angebot eines Sicherheitspaktes im Westen annehmen würde. Großbritannien sei nicht geneigt, Verpflichtungen für die strenge Aufrechterhaltung der polnischen Grenze für alle Zeiten einzugehen. Zur Verzögerung der Lösung der Kölner Frage bemerkt der Korrespondent, die Meinungsverschiedenheiten wegen der Mantelnote bezögen sich darauf, ob nicht gewisse Punkte dieses Entwurfs geeignet sein würden, das Ziel der britischen Politik zu vereiteln, die Abwertungs- und die Rückerfassungsfrage in Uebereinstimmung mit dem Vertrage zu dem für die Austrittsbestimmungen Datum zu vereinigen.





